

KÖLN/TRIER, 10. Februar
Obwohl Paul seit zwei Wochen zur Familie gehört, weiß Tabea Pioch nicht viel über ihn. Seine Mutter hat gesundheitliche Schwierigkeiten und sah irgendwann ein, dass sie sich derzeit nicht um ihr Kind kümmern kann. Von den Behörden wird sie gelobt, sie engagiere sich, damit Paul bald wieder zu ihr zurückkommen kann. Aber bis dahin wohnt der zweieinhalbjährige Paul in der Nähe von Köln. Er ist fröhlich, lacht und plappert viel. Er fragt, wann er in den Kindergarten könne. Und er packt seinen Rucksack für die Reise zurück.

Zweimal in der Woche sehen sich Paul und seine Mutter. Er habe verstanden, dass „Mama krank ist“, sagt Pioch. Sie habe Paul extra nicht gesagt, dass er im Urlaub sei und deswegen von seiner Mutter getrennt. Sonst werde er sein Leben lang das Wort Urlaub mit der Trennung von seinen Eltern verbinden. Für Pioch, ihren Mann und die eigenen drei Kinder ist jedes Wort, jede Bewegung eine schwierige Sache. Er soll sich geborgen fühlen, aber irgendwann wieder den Abschied meistern. Sie unternehmen mit ihm Ausflüge, aber er darf auf keinen Fotos, die später im Internet auftauchen könnten, zu sehen sein.

Familie Pioch stellt sich darauf ein, dass Paul noch einige Zeit bei ihr bleiben wird. So ist es leichter – auch für die Familie. Als sie ihr erstes Pflegekind vor etwa fünf Jahren aufnahmen, hieß es zunächst, es bleibe drei Monate. Daraus wurden 13. Die Bereitschaftspflege ist ursprünglich auf die Dauer von nur sechs Monaten ausgelegt. Doch sobald ein Gericht beteiligt ist, zieht sich das Verfahren enorm in die Länge. Oft dauert es ein Vierteljahr, bis ein erster Gerichtstermin festgelegt wird. Das Kind muss begutachtet werden und auch die leiblichen Eltern, ob sie erziehungsfähig sind. Gutachter sind auch hin und wieder im Urlaub. Und Familiengerichte überlastet. Gibt es dann eine gerichtliche Entscheidung, können die Eltern Einspruch einlegen. Dazu kommt es immer häufiger. So kann es passieren, dass ein kleines Kind sein halbes Leben in einer Pflegefamilie verbringt. Pioch hat deswegen im Internet eine Petition gestartet, die sich an Bundesfamilienministerin Franziska Giffey und Bundesjustizministerin Katarina Barley richtet. Die Behörden sollten besser ausgestattet und so die Dauer der Inobhutnahme verkürzt werden. Auch bei Paul kommt es zu Verzögerungen, weil die Abläufe nicht optimal funktionieren. Nach zwei Wochen hat der freie Träger, also das Unternehmen, das vom Staat mit der Betreuung der Bereitschaftspflegefamilien beauftragt ist, noch keinen zuständigen Ansprechpartner beim Jugendamt.

Mal wieder das Jugendamt. Wann immer bekannt wird, dass Kinder nicht gut gepflegt oder gar sexuell misshandelt wurden, stehen die Mitarbeiter der Jugendäm-



Behörden haben offenbar Hinweise ignoriert: Der Campingplatz im nordrhein-westfälischen Lügde, auf dem ein Mann 29 Kinder missbraucht haben soll.

Foto dpa

In allergrößter Not

Ein Erwachsener misshandelt Kinder – und wieder werden schwere Vorwürfe gegen ein Jugendamt erhoben. Das System, das Kinder schützen soll, ist überlastet und manchmal auch überfordert. Die Politik reagiert erst, wenn das Schlimmste schon passiert ist. Ändert sich diesmal etwas? *Von Kim Björn Becker und Mona Jaeger*

oder es kommen Hinweise von Dritten, zum Beispiel von Lehrern und Ärzten.

Angesichts dieser Zahlen ist nachvollziehbar, unter welchem Druck die Institutionen stehen, die Kindern und Familien helfen sollen. Umso mehr verwundert es, dass einige Probleme durchaus erkannt, aber nicht angesprochen werden. Es fängt

rück: „die Überhöhung des Elternrechts“. Aufgrund der Erfahrungen in Kaiserreich, Nationalsozialismus und DDR wollte man Kinder schützen, indem man sie dem Staat weitestgehend entzieht. Das werde nun „allmählich“ korrigiert, meint Salgo. In diesem Jahr will Familienministerin Giffey einen Vorschlag vorlegen, um Kinder-

leben viele der Menschen, mit denen Carsten Lang, Leiter des Trierer Jugendamts, und seine Mitarbeiter zu tun haben. Trier hat 115 000 Einwohner, beim Allgemeinen Sozialen Dienst arbeiten 17 Männer und Frauen, und jeweils zwei von ihnen bilden den sogenannten Gefährdungsdienst, der immer dann ausrückt, wenn

noch Drogen genommen, und dann findet die Polizei kleine Kinder in der Wohnung und schaltet uns ein.“

Das Gesetz schreibt vor, dass mindestens zwei Mitarbeiter in einem Notfall zur betroffenen Familie fahren, was während der üblichen Bürozeiten kein Problem ist, doch Notfälle gibt es auch nachts oder am

Der König hat's verboten

In Thailand tritt doch keine Prinzessin an

Von Till Fährnders

SINGAPUR, 10. Februar. Die spektakuläre Wende in Thailands Politik war nicht von langer Dauer. Am Freitag war Prinzessin Ubolratana Mahidol als Kandidatin für das Amt der Regierungschefin ausgerufen worden. Es war das erste Mal, dass sich ein Mitglied der Königsfamilie in die Niederungen der Politik begab. Noch am Abend wurde die Prinzessin jedoch von ihrem jüngeren Bruder, König Maha Vajiralongkorn Bodindradebayavarangkun, zurückgepfiffen. Der Monarch teilte mit, dass die Aktivitäten der Prinzessin eine „Übertretung“ und „äußerst unangemessen“ seien. Die Verfassung sehe vor, dass sich der König und seine Familie politisch neutral verhielten.

Nun wird darüber spekuliert, was schiefgelaufen sein könnte. Die Ankündigung der 67 Jahre alten Prinzessin hatte die thailändische Politik auf den Kopf gestellt. Deshalb konnte sich niemand vorstellen, dass der König nicht seinen Segen gegeben hatte. Doch seine scharfe Reaktion legte etwas anderes nahe. Entweder war er nicht eingeweiht, oder es gab ein Missverständnis – oder er hat seine Meinung geändert. Die Prinzessin versuchte noch, sich aus der Affäre zu ziehen, indem sie sich darauf berief, ihre königlichen Titel schon vor Jahrzehnten abgegeben zu haben. 1972 hatte sie einen Amerikaner geheiratet und lange in den Vereinigten Staaten gelebt. Doch nach ihrer Scheidung war sie nach Thailand zurückgekehrt und hatte sich wieder in die Monarchie eingefügt. „Auch wenn sie ihre königlichen Titel schriftlich abgelegt hat, behielt sie ihren Status als Teil der Chakri-Dynastie“, wies der König die ältere Schwester zu recht. Für den 64 Jahre alten König, der den Thron von seinem im Oktober 2016 verstorbenen Vater geerbt hat, war das auch eine Machtdemonstration. Er wird sich Anfang Mai in einer mehrtägigen Zeremonie krönen lassen.

Unwahrscheinlich ist es allerdings, dass sich die Sache nun einfach erledigt hat. Die politische Lage dürfte bis zur Wahl am 24. März und darüber hinaus volatil bleiben. Dabei erwarten viele Thais nach fünf Jahren Militärdiktatur nichts sehnlicher als eine Rückkehr zur Demokratie. Die verhinderte Kandidatur der Prinzessin hat nun einen alten Konflikt wieder in das Zentrum der Auseinandersetzung katapultiert: Die Fehde zwischen der

Ma wieder das Jugendamt. Wann immer bekannt wird, dass Kinder nicht gut gepflegt oder gar sexuell misshandelt wurden, stehen die Mitarbeiter der Jugendämter im Fokus – und oft auch in der Kritik. So ist es auch beim jüngsten Fall: Im nordrhein-westfälischen Lügde soll ein Mann 29 Kinder sexuell missbraucht haben, zwei weitere Männer werden ebenfalls verdächtigt. Offenbar, so der Stand der derzeitigen Ermittlungen, gab es mehrere Hinweise. Wie auch nach anderen furchtbaren Missbrauchsfällen an Kindern heißt es jetzt wieder: Die Jugendämter und Gerichte sind mit zu vielen Fällen betraut, oft fehlt es an der nötigen Kompetenz, die Fälle richtig einzuordnen. Die Politik verspricht Besserung. Die Union will durch ein ganzes Bündel von Vorschlägen Kinder und Jugendliche wirksamer vor sexuellem Missbrauch schützen. Die SPD unterstützt das. Täter sollen schärfer bestraft werden und Ermittler mehr Befugnisse bekommen. Dadurch sollen bekannte Missstände und Lücken im Gesetz geschlossen werden.

Doch auch bei den Jugendämtern gibt es bekannte Schwachstellen. In Deutschland gibt es mehr als 550 Jugendämter, sie haben zusammen ein Budget von 48,5 Milliarden Euro. In jedem Amt kümmern sich die Mitarbeiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes, wenn es Hinweise gibt, dass Kinder und Jugendliche in Gefahr sein könnten – bundesweit arbeiten einer Studie der Hochschule Koblenz vom vergangenen Jahr zufolge etwa 13 400 Menschen in diesem Bereich. Und es müssten noch mehr sein, kritisieren die Autoren. Die Arbeitsbelastung sei viel zu hoch, von Überforderung ist die Rede, es fehle oft an Zeit für Hausbesuche und längere Gespräche mit den Eltern. Kurzum, bundesweit muss sich die Zahl der Mitarbeiter verdoppeln, mindestens.

Denn die Aufgaben wachsen. Die Zahl der Inobhutnahmen ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Das dürfte zum einen mit der größeren Sensibilität in der Gesellschaft für dieses Thema zusammenhängen. Der starke Anstieg geht aber vor allem darauf zurück, dass die Behörden laut Gesetz jeden unbegleiteten minderjährigen Flüchtling betreuen müssen. Die aktuellsten Zahlen liegen für das Jahr 2017 vor, da weist das Statistische Bundesamt insgesamt fast 61 400 Inobhutnahmen aus. Allerdings entfällt jeder dritte Fall auf unbegleitete Kinder und Jugendliche aus dem Ausland, bezogen auf Familien in Deutschland, liegt die Zahl stabil bei etwas weniger als 40 000 – Jungen wurden tendenziell etwas häufiger aus den Familien genommen als Mädchen. In mehr als der Hälfte aller Fälle wurden die Jugendämter von sich aus tätig, in fast jedem fünften Fall wandten sich die Kinder und Jugendlichen von sich aus an die Behörden und baten dort um Hilfe. Polizei und Ordnungsbehörden machten die Jugendämter in 14 Prozent aller Inobhutnahmen auf Missstände in den Familien aufmerksam. Nur vergleichsweise selten wenden sich überforderte Eltern selbst ans Jugendamt,

tionen stehen, die Kindern und Familien helfen sollen. Umso mehr verwundert es, dass einige Probleme durchaus erkannt, aber nicht angegangen werden. Es fängt bei den Jugendämtern an. Dort arbeiten studierte Sozialarbeiter, allerdings stand nicht bei jedem von ihnen Kinderschutz auf dem Uni-Lehrplan. In Hessen kam es vor einigen Jahren zu dem Fall, dass eine Sozialarbeiterin von dem Vorwurf, sie habe nicht zum Schutz des Kindes eingegriffen, freigesprochen wurde, nachdem sie bewiesen hatte, dass sie im Studium nicht für solche Fälle ausgebildet wurde. Inzwischen sind einige Lehrpläne angepasst worden. In den Jugendämtern selbst ist der Krankenstand hoch. Ludwig Salgo, der als Professor für Familienrecht in Frankfurt seit Jahrzehnten Sozialarbeiter ausbildet, berichtet von hochmotivierten Studenten, „die nach zwei Jahren platt sind“. Noch gibt es keine gesetzliche Regel, wie viele Fälle ein Jugendamtsmitarbeiter maximal bearbeiten darf. Auch sind die Verfahren, nach denen Jugendämter über die Gefährdung eines Kindes entscheiden, sehr unterschiedlich. Da Jugendämter unter die kommunale Selbstverwaltung fallen, gelingt es kaum, für sie einheitliche Kriterien festzulegen. Die fachliche Arbeit der Jugendämter wird in der Regel nicht überprüft. Im schlimmsten Fall, sagt Familienrechtler Salgo, komme es dann zu einem „Ausfall staatlicher Kontrolle“.

Einige Eltern machen sich die Eigenheiten der kommunalen Struktur auch immer wieder zunutze. Werden sie von den Mitarbeitern eines Jugendamts kontrolliert, ziehen sie einfach weg. Das dann zuständige Jugendamt fängt unter Umständen wieder von vorne an. Der Austausch zwischen den Ämtern hat sich zwar verbessert, das „Jugendamthopping“ gibt es aber weiterhin. Landet ein Fall vor Gericht, ist der Richter laut Salgo nicht immer für das Gebiet qualifiziert. Er fordert deswegen eine verpflichtende Qualifizierungsmaßnahmen, was die Länder aber weitgehend ablehnen.

Für den Familienrechtler Salgo gehen viele Missstände auf ein Grundproblem zu-

Staat weitestgehend entzweit. Das werde nun „allmählich“ korrigiert, meint Salgo. In diesem Jahr will Familienministerin Giffey einen Vorschlag vorlegen, um Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Ein symbolischer Akt – aber nicht nur. Kinder müssten dann etwa vor Gericht, wenn es um sie geht, auch angehört werden.

Das passiert heute nicht immer. Schreitet das Jugendamt zum Äußersten, ist das für alle Beteiligten eine Ausnahmesituation. Nur in den wenigsten Fällen (zwei Prozent) sind Anzeichen für sexuellen Missbrauch der Grund. In 44 Prozent der Fälle ist es die Überforderung der Eltern. Die Gründe unterscheiden sich je nach Region stark. In Bremen sind es oft Schulprobleme, im Saarland sind die Eltern besonders oft überfordert. „Die Jugendamtsmitarbeiter entscheiden zwischen Pest und Cholera. Sie sind immer schuld – ob sie eingreifen oder nicht“, sagt Sabine Blank. Sie arbeitet bei „Praxis Erziehungshilfe“, dem freien Träger, der vom Jugendamt für die Betreuung der Familie Pioch und des kleinen Paul eingeschaltet wurde. Vor kurzem gingen bei ihr innerhalb von zwei Tagen drei Anfragen für vier Kinder ein – jedes Mal musste kurzfristig für ein Kind eine Übergangsfamilie gefunden werden, die jedoch von Blank und ihren Kollegen nicht vermittelt werden konnten, weil es kaum Familien gibt, die sich dieser Aufgabe annehmen. Durch die langen Verweildauern bleiben die bestehenden Familien länger „besetzt“, so dass Anfragen immer häufiger abgelehnt werden müssen. Die Kinder kamen aus Köln. In Großstädten kommt es häufiger zu Inobhutnahmen, was mit der sozialen Struktur zusammenhängt. Auch leben dort mehr Alleinerziehende, die häufiger auf die Unterstützung des Jugendamts angewiesen sind. Häufig sind aber auch gerade die Städte, die soziale Schwierigkeiten haben, finanziell schlechter ausgestattet – inklusive schlechterer sozialer Infrastruktur.

Trier-West ist so ein Stadtteil, der für seine sozialen Probleme berüchtigt ist. Hier

nen Sozialen Dienst arbeiten 17 Männer und Frauen, und jeweils zwei von ihnen bilden den sogenannten Gefährdungsdienst, der immer dann ausrückt, wenn Kinder misshandelt worden oder verwaist sein könnten.

Vom Rathaus in der Innenstadt sind es zu Fuß nur ein paar hundert Meter bis dorthin, einmal über die Römerbrücke und dann über Kopfsteinpflaster immer geradeaus, mitten hinein in den sozialen Brennpunkt. Die Stadt hat in den vergangenen Jahren viele Millionen Euro ausgegeben, um baufällige Gebäude zu sanieren und verkommene Plätze aufzupolieren. Aber in Trier-West treffen viele soziale Probleme aufeinander, Arbeitslosigkeit, Alkoholismus, Gewalt, da sind auch die Mitarbeiter des Jugendamts gefordert. Lang sagt: „Da draußen tobt das Chaos in den Familien.“ Wenn es darum geht, wie die Behörde auf mögliche Missstände aufmerksam wird, dann spielen auch die „Sheriffs“ eine wichtige Rolle, wie er sie nennt, Nachbarn, die viel mitkriegen. „Hier gibt es in jedem Block einen“, sagt Lang. „Die sitzen tagsüber am Fenster und gucken raus, die haben ihre Ohren überall.“ Und rufen an, wenn was ist.

Natürlich wisse er von den Problemen, von der Überlastung vieler Ämter, doch hier habe man die Lage „im Griff“, sagt Lang. Es ist Freitagnachmittag, und Lang kommt gerade von seinen Leuten, vier neue Mitarbeiter feiern gerade ihren Einstand. Das Jugendamt ist in einem eigenen Gebäude untergebracht, nur ein paar Meter quer über den Parkplatz, nun sitzt Lang im Rathaus, erster Stock, im Besprechungszimmer seiner Chefin, der Dezernentin Elvira Garbes. Sie ist in Trier zuständig für Schulen und Sport, Bildung, Soziales, Wohnen, Jugend und Arbeit, und weil sie früher selbst in Jugendämtern an vorderster Front gearbeitet hat, in Köln, Wermelskirchen und in Bornheim, kennt sie die Herausforderungen des Jobs aus eigener Erfahrung. Manchmal, sagt Garbes, müsse das Amt schnell reagieren. „Da gibt es zum Beispiel einen Polizeieinsatz, ein Paar prügelt sich, sie haben vielleicht

ten zwei Mitarbeiter in einem Notruf zur betroffenen Familie fahren, was während der üblichen Bürozeiten kein Problem ist, doch Notfälle gibt es auch nachts oder am Wochenende, und da ist es meist üblich, dass nur ein Beamter losfährt. Zum Jahresbeginn hat Lang die Schichten seiner Leute neu eingeteilt, seitdem, sagt er, sind auch außerhalb der Bürozeiten immer zwei Kollegen rufbereit. Jede Meldung werde systematisch geprüft, auch wenn es häufig „Fehlalarm“ gebe. An Spitzentagen gingen im Trierer Jugendamt bis zu acht Hinweise ein, berichtet Amtschef Lang, meist meldeten sich besorgte Lehrer oder Nachbarn, und ganz selten bleibe es mal einen Tag lang ruhig. Fast 40 Mal haben seine Mitarbeiter im Jahr 2017 ein Kind aus einer in Trier lebenden Familie in Obhut genommen – noch mal dreimal so viele Fälle waren es, wenn man die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge hinzurechnet.

Gerade erst hat das Amt wieder einen Aufruf zur Suche von Bereitschaftspflegefamilien gestartet, Ende Januar kamen an die 20 Interessenten. Mit etwas Glück kann die Behörde daraus drei Pflegefamilien rekrutieren, sagt Lang. Viele sagen von selbst wieder ab, wenn sie hören, wie aufwendig das Engagement ist, andere erweisen sich als ungeeignet. Es gebe mehrere persönliche Gespräche, einen ausführlichen Fragebogen und einen Vor-Ort-Termin, bevor ein Interessent in die Kartei aufgenommen wird. Lang sagt, man schaue, ob die Familie die räumlichen Voraussetzungen erfülle, ob ein eigenes Zimmer für die Pflegekinder vorhanden sei. „Und natürlich wollen wir wissen, warum sie das machen, was ihre Motivation ist.“

Die Unterbringung in einem Heim ist die teuerste Option, in Trier kostet das etwa 160 Euro pro Kind und Tag, bei einer Pflegefamilie betragen die Kosten nur etwa ein Fünftel davon. Das Geld, das Pflegeeltern bekommen, unterscheidet sich je nach Region sehr. Familie Pioch aus der Nähe von Köln bekommt 59 Euro am Tag und findet das angemessen. „Für Jugendämter ist es deshalb hochattraktiv, Kinder in Familien unterzubringen“, sagt Lang aus Trier. Trotzdem sei es nötig, im Zweifel auf eine Pflegefamilie zu verzichten, wenn es Bedenken gibt. „Wir wollen die haben, die geeignet sind, und filtern entsprechend.“ Weil mit den Inobhutnahmen auch Geld verdient wird, gibt es immer wieder Kritik an der Maßnahme. Pflegemutter Pioch kennt aber auch das un gute Gefühl, wenn sie ein Kind wieder zu ihren leiblichen Eltern bringt – und das Zuhause dem Augenschein nach noch immer nicht kindgerecht aussieht. Pioch fragt sich dann, ob die Hilfe und Unterstützung des Jugendamts ausreichend sind.

Aber auch hier macht es die manchmal eigenwillige Behördenstruktur allen Beteiligten schwer. Als sich Familie Pioch entschloss, Kinder aufzunehmen, rief sie etliche Jugendämter an, mehrmals wurden sie getröstet, sie müssten sich an anderer Stelle melden. Die Familie musste einiges tun, bis ihre Hilfe angenommen wurde.

tar der Prinzessin hat nun einen anderen Konflikt wieder in das Zentrum der Auseinandersetzung katapultiert: Die Fehde zwischen der royalistischen Elite, zu der die derzeit herrschende Militärjunta gehört, und dem Lager des früheren Ministerpräsidenten Thaksin Shinawatra. Denn es ist der seit Jahren im Exil lebende Thaksin, der hinter der Partei Thai Raksa Chart steht, für die Prinzessin Ubolratana eigentlich antreten wollte.

Ihre Aufstellung war als genialer Schachzug gewertet worden. Mit einem Mitglied der Königsfamilie an der Spitze wäre Thaksins Lager gegen die politischen Angriffe der Royalisten quasi immun gewesen. Das strenge thailändische Gesetz gegen Majestätsbeleidigung schließt auch Familienmitglieder ein. Nicht zuletzt dem Ministerpräsidenten, Juntachef und strengen Royalisten Prayuth Chan-ocha, der ebenfalls am Freitag seine Kandidatur eingereicht hatte, wäre es schwergefallen, gegen die Prinzessin zu agieren.

Nach der Intervention des Königs blieb der Partei der Prinzessin aber nichts anderes übrig, als einen Rückzieher zu machen: „Wir akzeptieren demütig den Wunsch des Königs Rama X“, teilte sie mit. Man danke der „Mutter“ Ubolratana für ihre „Güte“. Die Prinzessin selbst bedankte sich beim Volk für die Unterstützung. Die Partei steht nun womöglich vor dem Aus. Allerdings ist sie nicht die einzige, die in Thaksins Namen antreten wird. Der zeigte sich dementsprechend kämpferisch: „Kinn hoch und weiter voran!“, schrieb er auf Twitter. Thaksin war einer der reichsten Unternehmer des Landes, als er in die Politik ging. Mit populistischen Maßnahmen sicherte er sich die Stimmen der Menschen in den ländlichen Gebieten des Nordens und Nordostens. Seine Parteien haben seit der Jahrtausendwende alle Wahlen gewonnen. Vieles spricht dafür, dass die ihm ebenfalls verbundene Pheu-Thai-Partei auch diesmal wieder die meisten Stimmen bekommt.

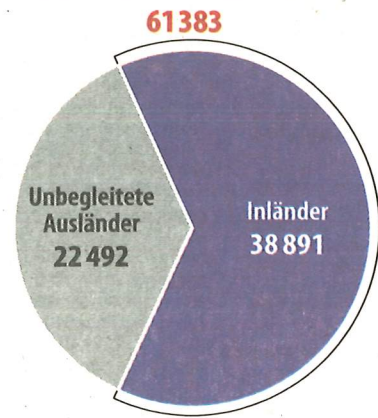
Vor Jahren hatte sich das Thaksin-Lager allerdings schon einmal verkalkuliert, als es ein Amnestiegesetz durch das Parlament boxen wollte. Damals war seine Schwester Yingluck Shinawatra Ministerpräsidentin. Das Gesetz hätte eine Begnadigung Thaksins ermöglicht, der in Thailand wegen Korruption angeklagt ist. Doch der Versuch bot Anlass für Straßenproteste und setzte eine Kettenreaktion in Gang, die schließlich in dem Militärcoup endete. Seither hat sich das Militär seinen Einfluss mit Hilfe einer neuen Verfassung über die Wahl hinaus gesichert. Die meisten Beobachter gehen deshalb davon aus, dass Junta-Chef Prayuth auch nach der Wahl Ende März an die Macht zurückkehren wird.



Ubolratana Mahidol

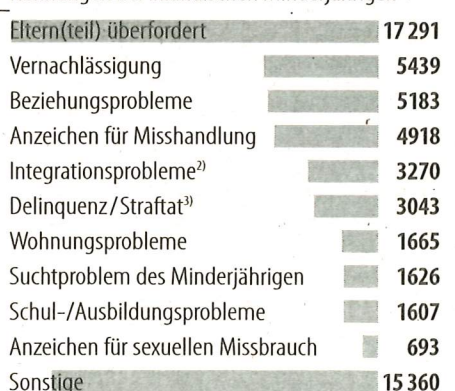
Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen in Deutschland

Zahl der Inobhutnahmen 2017



Gründe der Inobhutnahme

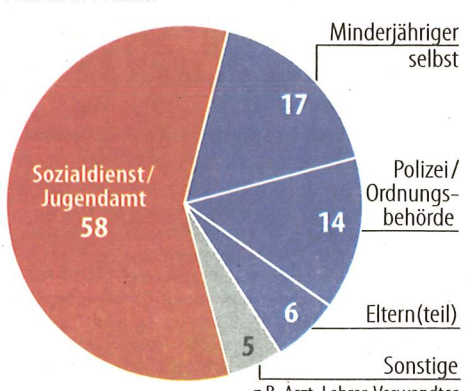
Nennungen bei inländischen Minderjährigen¹⁾



1) Bis zu zwei Gründe konnten angegeben werden. 2) Integrationsprobleme im Heim, in Pflegefamilie. 3) Delinquenz des Kindes, Straftat des Minderjährigen.

Wer die Inobhutnahme angeregt hat

Anteile in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt/F.A.Z.-Grafik Broker